


Analyse der Bundestagswahlprogramme 2009

Was sagen die Parteien zur Modernisierung des Haushalts- und Rechnungswesens auf Bundesebene?



[16. Juli 2009]

Mittlerweile haben CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke ihre Wahlprogramme für die Bundestagswahl 2009 verabschiedet. Grund genug, um zu recherchieren, ob sich in den Programmen Aussagen zur Modernisierung des Haushalts- und Rechnungswesens und zum Thema „Doppik-Einführung“ finden. Auf den ersten Blick ist diese Frage allerdings bedauerlicherweise schnell beantwortet: Keine einzige Partei erwähnt auch nur an irgendeiner Stelle den Begriff der Doppik in ihrem Programm – und das in Zeiten, in denen die Staatsschulden zu explodieren scheinen. Fast möchte man die Euphorie verlieren, die bei manchem anlässlich des vor kurzem vom Bundestag beschlossenen Gesetzes zur Modernisierung des Haushaltsgrundsatzgesetzes (HGrG-MoG) aufgekommen sein mag.

Zum Glück finden sich bei einem zweiten detaillierten Blick zumindest einige erste (zarte) Ansätze zur Erneuerung des Haushalts- und Rechnungswesens in den Programmen der Parteien:

Partei	Analyse
	<p>Die CDU/CSU spricht in ihrem Programm von Generationengerechtigkeit (siehe S. 11). Diese bedürfe einer „Rückführung der Neuverschuldung“ und den Beginn der Tilgung. Hier wird immerhin der Wille deutlich, dass in Deutschland künftig nicht mehr auf Kosten kommender Generationen gelebt, was ja nur auf Basis eines Haushalts- und Rechnungswesen unter Integration von Ressourcenverbrauchsdaten möglich ist.</p> <p>Daneben formuliert die Union, dass sie am Ziel des Haushaltsausgleiches festhält und deshalb für die Installation der Schuldenbremse eintritt (siehe S. 5).</p>
	<p>Auf S. 20 spricht sich die Partei für eine „konjunkturgerechte Schuldenregel“ aus, die die Begrenzung der Defizite von Bund und Ländern sicherstellen soll. Gleichzeitig formuliert sie aber, dass diese nicht dazu führen darf, dass „notwendige Investitionen“ unterbleiben.</p> <p>Die SPD spricht sich darüber hinaus auf S. 65 ihres Programms für den Erhalt der Gewerbesteuer und eine adäquate Finanzausstattung der Kommunen (wenn der Bund Aufgaben überträgt) aus. Zudem will sich die Partei zusammen mit den Ländern dafür einsetzen, dass Kommunen</p>



	<p>„in extremen Haushaltsnotlagen“ wieder Gestaltungsspielräume erhalten. Wie Letzteres funktionieren soll, lässt die Partei offen.</p>
	<p>Auch die Grünen bewegt der Anstieg der Verschuldung als Ausfluss der Finanz- und Wirtschaftskrise (siehe S. 50) vor dem Hintergrund der Generationengerechtigkeitsfrage. Dennoch fordern auch sie in ihrem Programm nicht direkt dem Umstieg auf die Doppik – höchstens indirekt lässt sich der Wunsch aus einer Passage auf S. 57 herauslesen: „BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN stehen für Wahrheit und Klarheit in der Haushaltspolitik. So wie bei Banken keine Geschäfte neben der Bilanz stattfinden dürfen, so müssen auch die staatlichen Schulden im Haushalt transparent ablesbar sein.“ Damit sprechen die Grünen eines der Kernprobleme des kamerale Haushalts- und Rechnungswesens an: Schulden werden aus dem Kernhaushalt auf so genannte öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen ausgelagert und verschwinden damit aus dem direkten Blick der Bürger. Lösbar ist dieses Problem durch die Aufstellung von Konzernbilanzen und damit durch die Doppik. Hier werden die Auslagerungen wieder mit dem Kernhaushalt konsolidiert.</p> <p>Auf S. 58 fordern die Grünen des Weiteren, dass der Verkauf von Vermögen nicht länger als Konsolidierung deklariert werden – auch das wäre in einem doppischen System der Fall: Vermögensveräußerungen (sofern es sich nicht um die Realisierung stiller Reserven handelt) spielen im doppischen Ergebnishaushalt, und damit für den Haushaltsausgleich, keine Rolle.</p>
	<p>Die ersten Zeilen zum Haushalt aus dem Wahlprogramm der FDP stimmen zunächst positiv. Die Partei formuliert auf S. 7: „Es ist eine zentrale Frage von Generationengerechtigkeit, dass jede Generation ihre Aufgaben aus eigener Kraft bewältigt. Es ist unverantwortlich, unseren Kindern immer höhere Schuldenberge zu hinterlassen.“ Das spricht für einen doppischen Haushaltsausgleich auf der Ergebnisebene (Aufwand und Ertrag) unter Integration von Abschreibungen, Rückstellungen für Beamtenpensionen und Zinsaufwendungen. Der erste Eindruck täuscht allerdings. Im weiteren Verlauf führt die Partei aus, dass sich die Ausgaben an den Einnahmen orientieren müssen – von Aufwand und Ertrag wird nicht gesprochen.</p> <p>Daneben sprechen sich die Liberalen für ein Verschuldungsverbot für die Bundesebene aus.</p>



	<p>Für die Hochschulen fordert die Partei den Übergang von der Input- zur Outputsteuerung. Wörtlich heißt es auf S. 48: „Der Staat muss die Fachaufsicht aufgeben und sich aus der Detailsteuerung zurückziehen. Stattdessen sollen die Hochschulen auf der Grundlage konkreter Ziel- und Leistungsvereinbarungen eigenverantwortlich ihre Strategie- und Entwicklungsplanung vornehmen. Die FDP fordert eine leistungsorientierte Mittelvergabe, verbunden mit Globalhaushalten und Budgetautonomie. Die Absicherung der so genannten Orchideenfächer kann über Ziel- und Leistungsvereinbarungen sowie länderübergreifende Zentren sichergestellt werden.“</p> <p>Auf S. 29 spricht sich die Partei in Zusammenhang mit den Kommunen für die Aufnahme des Konnexitätsprinzips in das Grundgesetz aus. Daneben soll die Gewerbesteuer durch einen höheren Umsatzsteueranteil der Gemeinden und ein Hebesatzrecht der Kommunen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer ersetzt werden.</p> <p>Weiterhin macht die Partei auch Aussagen zu den Finanzen der EU in ihrem Programm: Sie spricht sich gegen eine eigene EU-Steuer und für die Beibehaltung des Schuldenverbotes auf Ebene der EU ein.</p>
DIE LINKE.	<p>Die Partei Die Linke trifft in ihrem Programm keinerlei Aussagen zum Haushalts- und Rechnungswesen. Bei ihren Formulierungen zum Haushalt geht es im Wesentlichen um Privatisierungskritik und Verteilungsgerechtigkeit.</p>

QUELLEN:

CDU/CSU: WIR HABEN DIE KRAFT – Gemeinsam für unser Land. Regierungsprogramm 2009 – 2013 [gefunden unter <http://www.cdu.de/doc/pdfc/090628-beschluss-regierungsprogramm-cducsu.pdf> am 16. Juli 2009]

Die Linke: Bundestagswahlprogramm der Partei DIE LINKE, Beschluss des Bundestags-Wahlparteitags 2009 der Partei DIE LINKE 20./21. Juni 2009 in Berlin [gefunden unter http://die-linke.de/fileadmin/download/wahlen/pdf/Beschluss_Bundestagswahlprogramm_redTB_revMS_final.pdf am 16. Juli 2009]

FDP: BESCHLUSS des 60. Ord. Bundesparteitags der FDP, Hannover, 15.-17. Mai 2009 (vorbehaltlich der Überprüfung anhand des Wortprotokolls) Die Mitte stärken, Deutschlandprogramm der Freien Demokratischen Partei [gefunden unter <http://www.deutschlandprogramm.de/files/653/FDP-Bundestagswahlprogramm2009.pdf> am 16. Juli 2009]

Bündnis 90/Die Grünen: der grüne neue Gesellschaftsvertrag, dieses Bundestagswahlprogramm wurde auf der 30. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 8. bis 10. Mai 2009 in Berlin einstimmig beschlossen [gefunden unter http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Wahlprogramm/BTW_Wahlprogramm_2009_290609.pdf am 16. Juli 2009]

SPD: Sozial und demokratisch. Anpacken. Für Deutschland. Das Regierungsprogramm der SPD [gefunden unter http://www.spd.de/de/pdf/parteiprogramme/Regierungsprogramm2009_LF_navi.pdf am 16. Juli 2009]